

Viele Tote in Teheran

Der Iran hat immer stolz verkündet, das schiitische Land sei das sicherste im Nahen Osten. Nach einem Doppelanschlag sieht die Lage nun anders aus.

Teheran (dpa). Die Anschlagserie der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Fastenmonat Ramadan reißt nicht ab. Zwei Terroranschläge mit mindestens 18 Toten haben die iranische Hauptstadt Teheran erschüttert. Der IS reklamierte die Tat kurz darauf für sich. Das meldete die auf dschihadistische Propaganda spezialisierte Site Intelligence Group unter Berufung auf das IS-Sprachrohr Amak.

Terroristen stürmten – teils als Selbstmordattentäter – das iranische Parlament und das Mausoleum des verstorbenen Revolutionsführers Ruhollah Chomeini im Herzen Teherans. Nach Bagdad, Kabul und London ist die Tat in Teheran seit Beginn des Ramadans, schon der vierte große Anschlag, den der IS für sich reklamiert.

Schon im März hatte es Aufrufe des IS gegeben, den Iran anzugreifen. Eigentlich soll der Fastenmonat eine Zeit des Friedens sein. Dschihadisten wie der IS rufen ihre Anhänger in dieser Zeit hingegen ausdrücklich zum Kampf und zu Anschlägen auf. Sie sehen sich damit in der Tradition des Propheten Mohammed, der eine seiner wichtigsten Schlachten im Ramadan geführt hatte.

Angreifer verkleideten sich als Frauen

Alle sechs Terroristen waren nach Geheimdienstangaben nach dem Doppelanschlag tot. Medien hatten zunächst von sieben Angreifern berichtet. Vier Männer hatten sich nach Angaben des iranischen Innenministeriums als Frauen verkleidet ins Parlament geschlichen. Drei von ihnen wurden erschossen, einer sprengte sich in die Luft, wie Medien berichteten. Auch im Mausoleum des verstorbenen Revolutionsführers Chomeini im Süden Teherans gab es einen Selbstmordattentäter, ein weiterer Angreifer wurde erschossen. Bei den Anschlägen



Zwei Männer helfen einem kleinen Jungen bei der Flucht über ein Fenster im Parlament in Teheran. Bewaffnete Attentäter hatten das Chomeini-Mausoleum sowie das Parlament gestürmt. Foto: Omid Vahabzadeh/dpa

kamen außerdem mindestens zwölf Wächter und Zivilisten ums Leben. Mehr als 40 Menschen wurden verletzt.

„Das war wieder ein feiger Angriff und ein nutzloser Versuch, uns einzuschüchtern“, sagte Parlamentspräsident Ali Laridschani. Der Iran werde Terroristen weiterhin konsequent bekämpfen und

alle ihre Zellen im Iran zerstören. Für die sunnitische IS-Terrormiliz ist der schiitische Iran ein Erzfeind. Vom Iran gesponserte Milizen sind sowohl in Syrien als auch im Irak im Einsatz. Teheran ist ein treuer Unterstützer des syrischen Präsidenten Assad. Der Iran hatte stets betont, das sicherste Land im Nahen

Osten zu sein.

Amak veröffentlichte ein kurzes Video im Internet. Nach einer eingblendeten Schrift, wonach Amak ein Video von einem der Angreifer aus dem Parlament erhalten habe, ist ein Büroraum zu sehen, auf dessen Boden ein offensichtlich Erschossener liegt. Ein Mann – anscheinend einer der Angreifer – schreit „Glaubt ihr, wir werden gehen?“. Ein anderer ruft „Wir werden bleiben bis zum jüngsten Gericht!“ Es sind mehrere Schüsse zu hören. Zweck des Videos soll wohl eine Art Beweis sein, dass der IS hinter der Tat steckt.

Spannungsgeladene Lage in der Region

Die Situation in der Region ist ohnehin spannungsgeladene: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Ägypten und der Jemen hatten am Montag alle diplomatischen Kontakte zu Katar abgebrochen. Mauretanien zog am Dienstag nach, auch Jordanien fuhr seine diplomatischen Beziehungen zurück. Katar Nachbarn schlossen zudem die Grenzen. Die arabischen Staaten beschuldigen Katar, Terrororganisationen wie den IS zu unterstützen. Gleichzeitig stoßen sie sich an den angeblich guten Beziehungen Katars zum schiitischen Iran. Das sunnitische Königreich Saudi-Arabien sieht in Teheran einen Erzrivalen in der Region. Iran hat Katar Hilfe angeboten.

Kurdische Kämpfer haben zudem mit dem Sturm auf die wichtigste verbliebene IS-Hochburg Al-Rakka in Nordsyrien begonnen. Die von einer US-Koalition unterstützten syrischen Demokratischen Kräfte begannen eigenen Angaben zufolge „den großen Kampf zur Befreiung“ der inoffiziellen IS-Hauptstadt. Auch in der nordirakischen Metropole Mossul steht die Terrormiliz massiv unter Druck.

G9 soll in NRW wieder Regel werden

CDU und FDP: Turbo-Abi die Ausnahme

Von Lothar Schmalen

Düsseldorf (los). NRW kehrt zum Abitur nach neun Jahren am Gymnasium (G9) zurück – wie zuvor schon Bayern und Niedersachsen. Allerdings werden die Schulen in NRW die Möglichkeit haben, auf eigenen Wunsch bei einem G8-Angebot, dem „Turbo-Abi“, zu bleiben.

Schulen sollen mehr Freiheiten erhalten

Die künftigen Koalitionspartner CDU und FDP gehen davon aus, dass die weitaus meisten Gymnasien das als Regel geplante G 9 wählen werden. Die Entscheidung bedeutet eine Abkehr von den bisher favorisierten Modellen, wonach das Turbo-Abi die Regel und G9 nur die Ausnahme sein sollte.

Die Rückkehr zum G9-Abi-

tur soll zum Schuljahr 2019/20 erfolgen. Schüler, die dann an das Gymnasium wechseln, werden dann also wieder neun Jahre bis zum Abi brauchen.

Nur wenn eine Schule selbst die Initiative ergreift, die bisherige G8-Praxis beizubehalten, bleibt es beim G8. Die künftigen Koalitionspartner haben sich noch nicht darüber verständigt, wer letztlich darüber im Einzelfall entscheiden soll – die Schulkonferenz, der Schulleiter oder beide zusammen. „Wir entlasten damit die Schulen, die zu G9 zurückkehren wollen, von viel Bürokratie. Sie müssen nämlich gar nichts unternehmen, weil G9 automatisch kommt“, sagte der designierte CDU-Ministerpräsident Armin Laschet.

Gleichzeitig kündigte FDP-Chef Christian Lindner einen „Stärkungspakt für Gymnasien“ an. Zudem soll ein „Schulfreiheitsgesetz“ den Schulen mehr Gestaltungsfreiheit bei Personal, Finanzen und dem pädagogischen Konzept „unterhalb der Lehrpläne“ geben.

Schulz: Solidarrente für Geringverdiener

SPD will neuen Generationenvertrag

Berlin (dpa/uli). Mit einem milliardenschweren Reformkonzept für die Rente will SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz seine Partei aus dem Umfragetief vor der Bundestagswahl führen.

„Die SPD will, dass sich alle auf die Rente verlassen können, Alt und Jung, Arm und Reich, Frauen und Männer gleichermaßen“, sagte Schulz. Mit einem „neuen Generationenvertrag“ soll das Rentenniveau auf heutigem Niveau gehalten und eine Solidarrente für Geringverdiener eingeführt werden. Schulz orientiert sich an einem Konzept von Sozialministerin Andrea Nahles, die die Pläne gemeinsam mit ihm präsentierte. Die Gewerkschaften und die Rentenversicherung

lobten die Pläne. Arbeitgeber und Union warnten vor dem SPD-Konzept.

Schulz und Nahles wollen das prognostizierte Absinken des Rentenniveaus auf 44,7 Prozent bis 2030 verhindern. Dieses Verhältnis von Löhnen und Rente soll bis dahin bei 48 Prozent gehalten, der Beitragssatz von heute 18,7 Prozent bei maximal 22 Prozent begrenzt werden.

Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bezeichnete den Plan als „eine schlechte Nachricht für alle jungen Menschen“. Eine zukunftsfähige Rentenpolitik müsse einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt sichern.

IN KÜRZE

Flüchtlingsberater des DRK erstochen

Saarbrücken (dpa). In einem Therapiezentrum für Flüchtlinge in Saarbrücken ist ein Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes erstochen worden. Täter soll ein 27-jähriger Syrer sein, der nach kurzer Flucht in Tatortnähe festgenommen wurde. Der Flüchtling war am Mittwoch mit dem Berater in Streit geraten und hatte ihn dann mit einem Messer niedergestochen, wie die Polizei mitteilte. Der 30 Jahre alte Psychologe starb noch an seinem Arbeitsplatz an seinen schweren Verletzungen. Der Auslöser des Streits war zunächst unklar. Der Syrer war am Vormittag zu einem Beratungsgespräch gekommen. „Terror ist überhaupt nicht im Spiel“, sagte ein Polizeisprecher.

„Trump wollte Einstellung von Flynn-Ermittlungen“

Washington (dpa). Ex-FBI-Direktor James Comey bekräftigt Vorwürfe gegen US-Präsident Donald Trump, dieser habe um eine Einstellung der Ermittlungen gegen den damaligen Nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn gebeten. Das geht aus einem schriftlichen Statement hervor, das der Geheimdienstausschuss des US-Senats zur bevorstehenden Anhörung Comeys veröffentlichte. Trump hatte den Vorwurf immer bestritten. Eine solche Einmischung in ein laufendes Verfahren kann als Behinderung der Justiz gewertet werden. Am 9. Mai entließ Trump den FBI-Chef fristlos. Die genauen Gründe sind bis heute nicht bekannt.

Video mit IS-Treueeid bei Pariser Angreifer gefunden

Paris (dpa). Nach dem Hammer-Angriff auf einen Polizisten vor der Pariser Kathedrale Notre-Dame verdichten sich die Hinweise auf einen terroristischen Hintergrund. Der mutmaßliche Täter habe in einem Video einen Eid auf die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) geleistet, bestätigten Justizkreise der Deutschen Presse-Agentur. Die Wohnung des Mannes im Pariser Umland war in der Nacht zum Mittwoch von Ermittlern durchsucht worden. Der Verdächtige, der nach Medienberichten 40 Jahre alt ist und aus Algerien stammt, wurde am Mittwoch im Krankenhaus in Polizeigewahrsam genommen, bestätigten die Justizkreise.



Sicherheitskräfte vor der Kathedrale Notre-Dame. Foto: dpa

Der Mann hatte sich am Dienstag im Herzen der Hauptstadt einer Polizeipatrouille genähert, mit einem Hammer auf einen Beamten eingeschlagen und dabei geschrien: „Das ist für Syrien“. Ein weiterer Polizist eröffnete daraufhin das Feuer und stoppte ihn.

327 Todesopfer an der innerdeutschen Grenze

Berlin (dpa). An der einstigen deutsch-deutschen Grenze sind neuen Erkenntnissen zufolge insgesamt 327 Menschen aus Ost und West ums Leben gekommen. Nach fünfjährigen Recherchen stellte der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin gestern seine Ergebnisse vor. Damit sei die Aufarbeitung der Todesfälle an der innerdeutschen Grenze zwischen 1949 und 1989 abgeschlossen, erklärten die Wissenschaftler. Das jüngste Opfer des DDR-Grenzregimes war sechs Monate alt, das älteste 81 Jahre. Kulturstaatsministerin Monika Grütters sagte, die neuen Forschungsergebnisse seien ein wichtiger Beitrag, um den Opfern Namen und Gesicht wiederzugeben.